

## **Antrag**

**der Abgeordneten Farid Müller, Dr. Stefanie von Berg, Phyliss Demirel,  
Katharina Fegebank, Dr. Eva Gümbel, Dr. Anjes Tjarks (GRÜNE) und Fraktion**

**Betr.: Auch Hamburg braucht einen Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie**

Vor 15 Jahren hat Hamburg mit der „Hamburger Ehe“ bundesweit den Startschuss für die rechtliche Gleichstellung gelegt. Tatsächlich gehen mit einer zunehmenden rechtlichen Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit Eheleuten sowie einem Antidiskriminierungsgesetz die Akzeptanz von schwul-lesbischen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und bisexuellen Lebensentwürfen einher.

Dennoch nehmen auf den ersten Blick paradoxerweise die Gewalt und der Hass auf Anderslebende gerade in Großstädten zu. Insbesondere in Hamburgs Schulen ist Homophobie auch über eine bürgerschaftliche Anhörung bekannter geworden. Die Stadt hat sich danach auf den Weg gemacht, den betroffenen Schülerinnen und Schülern sowie den Lehrkräften und dem pädagogischen Personal mit konkreten Hilfestellungen zur Seite zu stehen. Die breitere Akzeptanz von anderen Lebensentwürfen hat diese in der Folge auch sichtbarer gemacht und damit auch die Ablehnung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen radikalisiert. Aktuell wurde über den NDR bekannt, dass Ärztinnen und Ärzte die „Heilung“ dieser Lebensentwürfe nicht nur anbieten, sondern sogar über die Krankenkassen in Hamburg finanzieren.

In NRW, in Berlin, in Bremen, in Schleswig-Holstein, in Rheinland-Pfalz und in Hessen wurden Aktionspläne gegen Homo- und Transphobie erarbeitet, um diesem nicht zu akzeptierenden Hass gegenüber sexuellen Minderheiten zu begegnen.

Diese Aktionspläne sind oft auf Anregung aus den jeweiligen Landesparlamenten und in Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Gruppen, der Landesregierung und allen Fraktionen entwickelt und umgesetzt worden.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. unter breiter Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Projekte, wie zum Beispiel dem LSVD, Hamburg Pride, den Beratungsprojekten MHC, Intervention und Hein & Fiete sowie Transgendergruppen, Fachverbänden, Institutionen, den betroffenen Behörden sowie allen Bürgerschaftsfraktionen einen umsetzungs- und maßnahmenorientierten Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie bis Ende 2014 zu erarbeiten, der sich an den Lebensrealitäten in Hamburg orientiert,
2. das bereits durchgeführte Projekt „sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“ an drei Hamburger Schulen (unter anderem der Stadtteilschule Bahrenfeld) auszuwerten und zu prüfen, ob und wie es auf mehr als bisher drei Schulen auszuweiten ist, sowie der Bürgerschaft über die ersten Ergebnisse in den drei Schulen bis zum 30. September 2014 zu berichten,

3. sich bei den Unternehmen, an denen die Stadt Hamburg maßgeblich beteiligt ist, dafür einzusetzen, dass diese die „Charta der Vielfalt“ unterschreiben, eigene Diversitymanagementansätze in ihre Personalgewinnung und -führung implementieren und über die ersten Schritte der Bürgerschaft bis 31. Dezember 2014 zu berichten.